

Vorlage zum öffentlichen Teil der Sitzung	am	TOP
des Haupt- und Finanzausschusses		
der Stadtvertretung		

- Personalrat: nein
- Gleichstellungsbeauftragte: nein
- Schwerbehindertenbeauftragte/r: nein
- Seniorenbeirat: nein

Gesellschaftsverträge der HVB Beteiligungsgesellschaft mbH und der HVB-Heiligenhafener Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG

hier: Umsetzung des Vergütungsoffenlegungsgesetzes, sogen. Transparenzgesetz

A) SACHVERHALT

Am 31. Juli 2015 ist das Gesetz zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein (Vergütungsoffenlegungsgesetz - VergütungsOG) vom 7. Juli 2015 (GVOBl. Schl.-Holst. S. 200), das sogen. Transparenzgesetz, in Kraft getreten. Danach sind u. a. die Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführungsorgane und Aufsichtsgremien kommunaler Einrichtungen und Unternehmen auf der Internetseite des Finanzministeriums sowie ggf. im Jahresabschluss zu veröffentlichen, dies individualisiert für die einzelnen Mitglieder unter Namensnennung. Die rechtliche Umsetzung richtet sich nach der Rechtsform der kommunalen Einrichtungen und Unternehmen sowie nach der Rechtsstellung der Mitglieder der Geschäftsführungsorgane und der Aufsichtsgremien. Im Grundsatz gilt, dass die Veröffentlichungspflichten zunächst in den Satzungen und Gesellschaftsverträgen zu verankern (1.) und dann in den Anstellungsverträgen der Mitglieder der Geschäftsführungsorgane festzuschreiben sind (2.).

(1.) Zunächst sind nach dem Einführungserlass des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten vom 28. Oktober 2015 die Veröffentlichungspflichten in den Satzungen und in den Gesellschaftsverträgen der kommunalen Einrichtungen und Unternehmen zu verankern.

- Im Falle von Gesellschaften und privatrechtlichen Vereinigungen, an denen die öffentliche Hand mehrheitlich beteiligt ist, sollte in den Satzungen und Gesellschaftsverträgen an geeigneter Stelle die nachstehende Bestimmung aufgenommen werden: „Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten

Gesamtbezüge der Gesellschaft im Sinne des § 285 Nr. 9 des Handelsgesetzbuches (HGB) der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates oder anderer Organe der Gesellschaft mit Ausnahme der Gesellschafterversammlung sind nach Maßgabe des § 102 der Gemeindeordnung zu veröffentlichen, ferner unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nr. 9 a HGB; die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

- Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, und für deren Voraussetzungen,
 - Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag unter Angabe der vertraglich festgelegten Altersgrenze,
 - während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
 - Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.“
- Im Falle der Eigenbetriebe und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen ist eine Umsetzung des sogenannten Transparenzgesetzes in der Satzung nicht unbedingt erforderlich, da das Gesetz unmittelbare Wirkung entfaltet, aber angeraten. Es wird insoweit auf den beigefügten Einführungserlass vom 28. Oktober 2015 (Anlage 1) verwiesen. Da es sich bei den Eigenbetrieben und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen um rechtlich unselbständige Bestandteile (keine eigene Rechtspersönlichkeit) der Kommune handelt, gilt die Regelung des Gesetzes unmittelbar und bedarf keiner zwingenden rechtlichen Umsetzung in den Betriebssatzungen. Gleichwohl wird es für zweckmäßig erachtet, dort auf die Veröffentlichungspflicht ebenfalls hinzuweisen (siehe Seite 5, Anlage 1).
- (2.) Die Veröffentlichungspflichten müssen zudem in den Anstellungsverträgen der Geschäftsführungsorgane festgeschrieben werden. Dazu sind – soweit möglich – auch bestehende Verträge anzupassen. Für Mitglieder der Geschäftsführungsorgane im Beamtenverhältnis oder im Ehrenamt gelten die Veröffentlichungspflichten

unmittelbar bzw. kraft der geänderten Statuten. Einer vertraglichen Einführung dieser öffentlich-rechtlichen Pflicht bedarf es insoweit nicht. Bestehende Anstellungsverträge z. B. der Werkleitungen der Eigenbetriebe sind gegebenenfalls im Wege von Änderungskündigungen anzupassen, da insoweit dringende betriebliche Erfordernisse (§ 2 i. V. m. § 1 Abs. 2 Kündigungsschutzgesetz) geltend gemacht werden können.

Bei den Geschäftsführungen der Gesellschaften ist auf eine Änderung bestehender Anstellungsverträge hinzuwirken. Da eine nachträgliche Änderung von Verträgen nicht ohne weiteres möglich ist, wird bei Altverträgen, also bei denjenigen, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes am 31. Juli 2015 geschlossen wurden, verlangt, dass die Kommune auf eine Anpassung hinwirkt (§ 106 a Abs. 6 GO). Sollte keine Bereitschaft der Geschäftsführung bestehen insofern durch z. B. eine Nebenabrede zum Anstellungsvertrag der bestehenden Offenlegungspflicht Genüge zu tun, sind die Veröffentlichungspflichten in neu zu schließenden oder zu verlängernden Anstellungsverträgen in jedem Fall festzuschreiben. Da die Verträge im Regelfall eine Laufzeit von 5 Jahren haben, ergibt sich als spätester Umsetzungszeitpunkt insofern landesweit der 31. Dezember 2019.

Was die von der Kommune bestellten Aufsichtsräte angeht, so gelten die Veröffentlichungspflichten unmittelbar, da es insoweit an zu ändernden Anstellungsverträgen fehlt. Denn die bestellten Aufsichtsräte stehen kraft ihrer Bestellung in einem öffentlichen Rechtsverhältnis zur Kommune (§ 28 Satz 1 Nr. 20, § 25 Abs. 1 GO).

Das Vergütungsoffenlegungsgesetz ist bereits am 31. Juli 2015 in Kraft getreten. Im Einführungserlass wurde jedoch empfohlen, die rechtliche Umsetzung in den kommunalen Gesellschaften mit denjenigen Satzungsänderungen zu verbinden, die sich evtl. aus dem (nunmehr vorliegenden) Gesetz zur Stärkung der Kommunalwirtschaft ergeben. Auf diese Weise sollten den Kommunen die Kosten für eine weitere notarielle Beglaubigung von Satzungsänderungen und deren Eintragung in das Handelsregister erspart werden. Mit dem Erlass des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein vom 13. Juni 2016 ist zunächst in einer Lesefassung das beschlossene und am 29. Juli 2016 auch in Kraft getretene Gesetz zur Stärkung der Kommunalwirtschaft überreicht worden. Ein gesonderter Einführungserlass zu diesem Gesetz liegt aktuell ebenfalls vor (Veröffentlichung am 02. September 2016).

Durch das Gesetz zur Stärkung der Kommunalwirtschaft sind keine Änderungen hinsichtlich der Offenlegungspflichten des sogenannten Transparenzgesetzes erfolgt, so

dass diese nunmehr in den Satzungen bzw. in den Gesellschaftsverträgen kommunaler Gesellschaften zu verankern sind, sofern die öffentliche Hand an den Unternehmen eine Mehrheit hält (§ 102 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8, Abs. 3 GO neu). Die Übergangsfrist zur Umsetzung der durch das Gesetz der Stärkung der Kommunalwirtschaft veranlassten Satzungsänderungen, nämlich der 31. Dezember 2020, gilt hier ausdrücklich nicht. Aus diesem Grunde ist das sogenannte Transparenzgesetz oder Vergütungsoffenlegungsgesetz zügig umzusetzen. Ob und ggf. welche Gesetzesänderungen zur Stärkung der Kommunalwirtschaft in den Satzungen und Gesellschaftsverträgen umzusetzen sind, bedarf anschließend einer eingehenden Befassung im Rahmen gesonderter Verwaltungsvorlagen und wird an dieser Stelle vernachlässigt.

B) STELLUNGNAHME

Nach § 9 Abs. 4 a) des Gesellschaftsvertrages der HVB Beteiligungsgesellschaft mbH und § 12 Abs. 7 a) des Gesellschaftsvertrages der HVB Heiligenhafener Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG bedarf die jeweilige Änderung des Gesellschaftsvertrages der Zustimmung von mind. 75 % der Stimmen aller stimmberechtigten Gesellschafter. Nach § 8 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages der Beteiligungsgesellschaft und § 13 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG wird von einem/einer von der Stadtvertretung der Stadt Heiligenhafen zu benennenden Vertreter/in die Gesellschafterversammlung wahrgenommen. Die Stadtvertretung bzw. der Hauptausschuss weist diese/n an, welche Beschlüsse er/sie in der Gesellschafterversammlung zu fassen hat.

Herr Bürgermeister Müller ist daher anzuweisen, folgenden Beschluss in den Gesellschafterversammlungen zu fassen:

Der Gesellschaftsvertrag wird wie folgt geändert:

Es wird folgender § 6 Abs. 7 bzw. § 8 Abs. 7 neu eingefügt:

„(7) Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Gesellschaft im Sinne des § 285 Nr. 9 des Handelsgesetzbuches (HGB) der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates oder anderer Organe der Gesellschaft mit Ausnahme der Gesellschafterversammlung sind nach Maßgabe des § 102 der Gemeindeordnung zu veröffentlichen, ferner unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nr. 9 a HGB; die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

- Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, und für deren Voraussetzungen,
- Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag unter Angabe der vertraglich festgelegten Altersgrenze,
- während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
- Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.“

Dieser Passus ist als § 6 Abs. 7 in den Gesellschaftsvertrag der HVB Beteiligungsgesellschaft mbH vom 5. Oktober 2001 (zuletzt geändert am 02. April 2002) und als § 8 Abs. 7 in den Gesellschaftsvertrag der HVB Heiligenhafener Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG vom 26. März 2013 jeweils aufzunehmen.

Der Umfang der Veröffentlichungspflicht ist im beigefügten Einführungserlass hinreichend beschrieben, so dass auf eine Wiedergabe im Rahmen der Vorlage verzichtet wurde. Die Hinweise des Finanzministeriums Schleswig-Holstein und ein Blanko-Datenblatt der Veröffentlichung werden als Anlage 2 überreicht. Weitere Informationen und die Datenbank mit den bisherigen Veröffentlichungen sind im Landesportal unter dem Stichwort „Vergütungsoffenlegung“ abrufbar

C) FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Keine.

D) BESCHLUSSVORSCHLAG

I. Der Bürgermeister wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der HVB Beteiligungsgesellschaft mbH folgenden Beschluss zu fassen:

Der Gesellschaftsvertrag der HVB Beteiligungsgesellschaft mbH vom 5. Oktober 2001 (zuletzt geändert am 02. April 2002) wird wie folgt geändert:

Es wird folgender § 6 Abs. 7 neu eingefügt:

„(7) Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Gesellschaft im Sinne des § 285 Nr. 9 des Handelsgesetzbuches (HGB) der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates oder anderer Organe der Gesellschaft mit Ausnahme der Gesellschafterversammlung sind nach Maßgabe des § 102 der

Gemeindeordnung zu veröffentlichen, ferner unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nr. 9 a HGB; die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

- Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, und für deren Voraussetzungen,
- Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag unter Angabe der vertraglich festgelegten Altersgrenze,
- während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
- Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.“

II. Der Bürgermeister wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der HVB Heiligenhafener Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG folgenden Beschluss zu fassen:

Der Gesellschaftsvertrag der HVB - Heiligenhafener Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG vom 26. März 2013 wird wie folgt geändert:

Es wird folgender § 8 Abs. 7 neu eingefügt:

„(7) Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Gesellschaft im Sinne des § 285 Nr. 9 des Handelsgesetzbuches (HGB) der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates oder anderer Organe der Gesellschaft mit Ausnahme der Gesellschafterversammlung sind nach Maßgabe des § 102 der Gemeindeordnung zu veröffentlichen, ferner unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nr. 9 a HGB; die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

- Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, und für deren Voraussetzungen,
- Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag unter Angabe der vertraglich festgelegten Altersgrenze,
- während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und

- Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.“

III. Der Aufsichtsrat wird angewiesen auf eine Änderung des Anstellungsvertrages der Geschäftsführung mit dem Ziel der Vergütungsoffenlegung bereits während der aktuellen Laufzeit des Vertrages hinzuwirken.



Bürgermeister

Sachbearbeiterin / Sachbearbeiter	RB.10
Amtsleiterin / Amtsleiter	ob
Büroleitender Beamter	

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten
Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Landrätin und Landräte der Kreise
als untere Kommunalaufsichtsbehörden
m. d. B. um Weiterleitung an die
ihrer Aufsicht unterstehenden Kommunen

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen:
Meine Nachricht vom:

Kreise und kreisfreie Städte,
kreisangehörige Städte über 20 000 Einwohner
sowie überwiegend wirtschaftliche
Zweckverbände

Oliver Lehmann
Oliver.Lehmann@im.landsh.de
Telefon: 0431 988-2936
Telefax: 0431 988 614-2936

nachrichtlich:

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen
Landesverbände Schleswig-Holsteins

Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

28. Oktober 2015

Gesetz zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungs-
organen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-
Holstein (sog. Transparenzgesetz);
Einführungserlass

1. Allgemeines

Am 31. Juli 2015 ist das sog. Transparenzgesetz vom 7. Juli 2015 (GVBl. Schl.-H. S. 200)
in Kraft getreten. Danach haben die Kommunen selbst bzw. in ihrer Eigenschaft als Träger
ihrer eigenständigen Einrichtungen, wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen si-
cherzustellen, dass die Bezüge der Mitglieder der jeweiligen

- Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführungen oder Verbandsvorsteherinnen bzw.
-vorsteher (Unternehmensführungsorgane) und
- Werkausschüsse, Verwaltungsräte, Aufsichtsräte oder Verbandsversammlungen
(Überwachungsorgane) sowie in Gesellschaften ggf. der Mitglieder von Beiräten oder
ähnlichen Einrichtungen, die im Weiteren als Überwachungsorgane gelten sollen,

veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung hat nicht nur

- (wie dies das vormals geltende Recht bereits im Regelfall vorsah) für die jeweilige Personengruppe, d. h. für die Mitglieder eines Organes insgesamt, sondern überdies
- individualisiert für die einzelnen Mitglieder unter Namensnennung zu erfolgen.

In der individualisierten Aufstellung sind die Bezüge nach (Vergütungs-)Komponenten zu differenzieren und auch diejenigen Leistungen aufzuführen, welche dem Mitglied für die Zeit nach Beendigung seiner Tätigkeit zugesagt worden sind. Die Bezüge und Leistungszusagen sind auf der Internetseite des Finanzministeriums und ggf. im Anhang zum jeweiligen Jahresabschluss zu veröffentlichen.

Für Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, d. h. für Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, gelten die Veröffentlichungspflichten des sog. Transparenzgesetzes unmittelbar. Bei eigenständigen Rechtsformen, z. B. im Falle von rechtsfähigen Anstalten des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmen, gemeinsame Kommunalunternehmen), Gesellschaften (z. B. GmbH, AG) oder überwiegende wirtschaftlichen Zweckverbänden bedürfen die Veröffentlichungspflichten der rechtlichen Umsetzung in den jeweiligen Statuten (Satzung, Gesellschaftsvertrag) sowie in den Anstellungsverträgen der Mitglieder der Unternehmensführungsorgane. Überwiegend wirtschaftlich sind Zweckverbände, deren Schwerpunkt in einer wirtschaftlichen Betätigung besteht, d. h. in einer Betätigung, die auch von einem Privatunternehmer mit der Absicht der Gewinnerzielung betrieben werden könnte, sofern diese nicht nach § 101 Abs. 4 der Gemeindeordnung (GO) als nicht wirtschaftlich gilt. Ist eine Veröffentlichung der Bezüge und Leistungszusagen aus gesellschafts- oder dienstrechtlichen Gründen nicht ohne weiteres möglich, z. B. weil dem bestehende Verträge entgegenstehen, hat die Kommune auf deren Anpassung hinzuwirken.

2. Umfang und Systematik der Veröffentlichungspflichten

Bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse für die Einrichtungen, wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen der Kommunen sind die für große Kapitalgesellschaften geltenden Standards entsprechend anzuwenden (§ 102 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 GO, § 19 Satz 2 der Eigenbetriebsverordnung, § 22 Satz 2 der Kommunalunternehmensverordnung), so u. a. § 285 Nr. 9 Buchst. a Satz 1 bis 4 des Handelsgesetzbuchs (HGB), wonach die im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge für die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates im Anhang zum Jahresabschluss anzugeben sind. Vor Inkrafttreten des sog. Transparenzgesetzes waren die Angaben lediglich für die jeweiligen Personengruppen zu machen, d. h. für die Mitglieder eines Organes insgesamt (§ 285 Nr. 9 Buchst. a Satz 1 HGB). Auch konnten sie unterbleiben, wenn sich anhand der Angaben die Bezüge eines einzelnen Mitglieds dieser Organe feststellen ließen (§ 286 Abs. 4 HGB), z. B. in dem Fall, in dem die Geschäftsführung von nur einer Person wahrgenommen wurde.

Das sog. Transparenzgesetz verlangt nunmehr, dass die Angaben nicht nur gruppenbezogen, sondern individualisiert unter Namensnennung zu machen und um Angaben zu Leistungszusagen zu ergänzen sind. Es wird damit für die Einrichtungen, wirtschaftlichen Un-

ternehmen und Beteiligungen der Kommunen ein ähnlicher Standard eingeführt wie er für börsennotierte Aktiengesellschaften gilt (§ 285 Nr. 9 Buchst. a Satz 5 und 6 HGB).

In den dazu durch das sog. Transparenzgesetz ergänzten Vorschriften der Gemeindeordnung und des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GkZ) wird auf § 285 Nr. 9 HGB Bezug genommen und der Wortlaut des dortigen Buchst. a Satz 1, 5 und 6 unter Abweichungen wiedergegeben. Daraus folgt zunächst, dass die handelsrechtliche Vorschrift im Übrigen entsprechend anwendbar bleibt, so z. B. im Hinblick auf

- die Angaben zu den Versorgungsleistungen für frühere Mitglieder der bezeichneten Organe und ihrer Hinterbliebenen (Buchst. b) und
- die Angaben zu den den Mitgliedern gewährten Vorschüssen und Krediten sowie Bürgschaften und Sicherheiten (Buchst. c).

Nicht anzuwenden sind hingegen die Sätze 7 und 8 des Buchst. a, da diese nach wie vor nur für börsennotierte Aktiengesellschaften gelten. Angaben zu tätigkeitsbezogenen Leistungszusagen Dritter bzw. weitergehende Angaben z. B. zu Bezugsrechten und aktienbasierten Vergütungen sind also nicht zu machen.

§ 286 Abs. 5 Satz 1 und 2 HGB, wonach die individualisierte Ausweisung der Bezüge und Leistungszusagen bis zu fünf Jahre unterbleiben kann, wenn die Hauptversammlung dies mit einer Mehrheit von drei Vierteln des vertretenen Grundkapitals beschließt (*opt out-Lösung*), ist nicht entsprechend anwendbar. Denn es handelt sich hierbei nicht um einen für große Kapitalgesellschaften geltenden Standard (s. o.), sondern um ein den börsennotierten Aktengesellschaften vorbehaltenes Wahlrecht. Dessen ungeachtet wären die Kommunen bzw. ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Einrichtungen, wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen kraft der mit dem sog. Transparenzgesetz eingeführten Hinwirkungspflichten (§ 102 Abs. 2 Satz 3 GO), im Übrigen auch nach dem Sinn und Zweck des Gesetzes dazu angehalten, *opt out*-Beschlüsse nicht zu fassen oder mitzutragen.

Nach der Systematik des § 285 Nr. 9 HGB sind Bezüge von Leistungszusagen zu unterscheiden. Letztere bleiben bei der Angabe der Gesamtbezüge unberücksichtigt. Bei der individuellen Ausweisung sind die Bezüge nach (Vergütungs-)Komponenten aufzuschlüsseln. Hier sind dann auch Angaben zu den Leistungszusagen zu machen.

Als Bezüge sind lediglich Vergütungen für Leistungen zu berücksichtigen, die als Mitglied eines Unternehmensführungs- oder Überwachungsorgans bzw. eines von dem betreffenden Organ gebildeten Ausschusses (z. B. nach § 107 Abs. 3 Satz 1 des Aktiengesetzes ggf. i. V. m. § 52 Abs. 1 des GmbH-Gesetzes) erbracht worden sind, z. B. Gehälter, Gewinnbeteiligungen, Bezugsrechte und sonstige aktienbasierte Vergütungen, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeder Art. Keine Bezüge sind in einem reinen Ersatz von Auslagen (z. B. von Reisekosten) zu sehen, auch nicht in Prämien für Organ- oder Manager-Haftpflichtversicherungen (D&O), da diese in erster Linie zur Vermögensschadenssicherung des Unternehmens abgeschlossen werden.

Als Gesamtbetrag sind nicht nur die Bezüge für das Geschäftsjahr anzusetzen, sondern auch solche, die im Geschäftsjahr gewährt, bisher aber in keinem Jahresabschluss ange-

geben worden sind, z. B. Nachvergütungen. Einzurechnen sind ferner Bezüge, die nicht ausgezahlt, sondern in Ansprüche anderer Art umgewandelt oder zur Erhöhung anderer Ansprüche verwendet werden (§ 285 Nr. 9 Buchst. a Satz 2 und 3 HGB).

Bei der individualisierten Ausweisung sind die Bezüge nach

- erfolgsunabhängigen Komponenten: Fest- oder Grundgehalt, feste jährliche Einmalzahlungen (z. B. Urlaubs- oder Weihnachtsgeld), Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Jubiläumszuwendungen, ferner Sachbezüge oder geldwerte Leistungen (z. B. die private Nutzung eines Dienst-PKW),
- erfolgsbezogenen Komponenten: Gewinnbeteiligungen, gewinnabhängige Tantiemen, Provisionen aus Geschäftsvermittlungen oder Prämien sowie
- Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung: im Falle von Aktiengesellschaften z. B. Bezugsrechte auf Aktienbasis oder sonstige vom Aktienkurs abhängige Vergütungen

zu gliedern. Ferner sind bei der individualisierten Ausweisung die Leistungen darzustellen, welche einem Mitglied für die Zeit nach Beendigung seiner Tätigkeit (z. B. infolge der Amtsniederlegung, Abberufung oder Dienstunfähigkeit) zugesagt worden sind. Zu denken ist hier an Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezüge sowie an die Zahlung von Übergangs- und Überbrückungsgeld bis zur Erreichung einer vereinbarten Ruhegehaltsaltersgrenze. Für den Fall einer vorzeitigen Beendigung kommen ferner Vereinbarungen zur Weiterzahlung der Vergütung für die Restlaufzeit in Betracht. Zu den Leistungszusagen sind detaillierte Angaben zu machen, insbesondere zu deren Wert, Inhalt und Voraussetzungen, wobei Barwerte geschätzt werden können.

Die Veröffentlichung hat auf der Internetseite des Finanzministeriums sowie ggf. im Anhang zum Jahresabschluss zu erfolgen. Das Finanzministerium beabsichtigt, eine Internetplattform einzurichten, auf der die Kommunen die Veröffentlichung auf der Internetseite des Finanzministeriums selbsttätig vornehmen können. Zur Erarbeitung der technischen Lösung benötigt das Finanzministerium eine Übersicht sämtlicher Unternehmen, die vom sog. Transparenzgesetz erfasst werden, außerdem Angaben zu den dort berechtigten Personen, die für die Zwecke der Eingabe Zugriff auf die Plattform haben sollen. Ich bitte Sie, die Bezeichnungen der betreffenden Unternehmen unter Angabe der dort berechtigten Personen (Vorname, Name, E-Mail-Adresse) **bis spätestens zum 15. Dezember 2015** an das Finanzministerium (Poststelle@fimi.landsh.de) zu melden. Zur Einführung der Internetplattform wird das Finanzministerium gesonderte Hinweise herausgegeben.

3. Umsetzung der Veröffentlichungspflichten in den einzelnen Organisations- und Rechtsformen

3.1 Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen

Eigenbetriebe (§ 106 GO) und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen (§ 101 Abs. 4 Satz 3 GO) werden als Sondervermögen (§ 97 GO) geführt. Durch das sog. Transparenzgesetz ist § 97 Abs. 1 GO um die Sätze 3 bis 5 erweitert worden, in denen die Veröffentlichung der

Bezüge und Leistungszusagen für die Mitglieder der Werkleitungen und der Werkausschüsse unter Bezugnahme auf § 285 Nr. 9 HGB und auf § 102 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 2. HS GO geregelt wird. Da es sich bei Eigenbetrieben und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen um rechtlich unselbstständige Bestandteile der Kommune handelt, gilt die Regelung unmittelbar. Sie bedarf keiner rechtlichen Umsetzung in den Betriebssatzungen. Gleichwohl ist es zweckmäßig, dort auf die Veröffentlichungspflichten hinzuweisen. Dafür wird folgender Wortlaut empfohlen:

„Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches (HGB) der Mitglieder der Werkleitung sowie die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Leistungen des Eigenbetriebes für die Mitglieder des Werkausschusses oder anderer mit der Überwachung des Eigenbetriebes beauftragter Ausschüsse der Gemeinde sind nach Maßgabe des § 102 der Gemeindeordnung zu veröffentlichen, ferner unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a HGB; die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:

- a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, und für deren Voraussetzungen,
- b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den vom Eigenbetrieb während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag unter Angabe der vertraglich festgelegten Altersgrenze,
- c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
- d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.“

Bestehende Anstellungsverträge der Werkleitungen sind im Wege von Änderungskündigungen anzupassen. Insoweit können dringende betriebliche Erfordernisse (§ 2 i. V. m. § 1 Abs. 2 des Kündigungsschutzgesetzes) geltend gemacht werden. Denn würde die Werkleitungen weiterbeschäftigt, ohne dass die Transparenzpflichten erfüllt werden, verstieße die Kommune gegen unmittelbar für sie geltende öffentlich-rechtliche Pflichten (BAG, Urt. v. 5. Juni 2014 – 2 AZR 615/13 – Juris, Rn. 19, 21 und 23).

3.2 Kommunalunternehmen und gemeinsame Kommunalunternehmen sowie überwiegend wirtschaftliche Zweckverbände

Im Hinblick auf die Vorstände und Verwaltungsratsmitglieder der Kommunalunternehmen (§ 106 a GO) und der gemeinsamen Kommunalunternehmen (§ 19 d GkZ) sowie auf die Verbandsvorsteherinnen bzw. -vorsteher und Mitglieder der Versammlungen der überwiegend wirtschaftlichen Zweckverbände (§ 15 Abs. 3 GkZ) bedarf es der rechtlichen Umsetzung der Veröffentlichungspflichten in den jeweiligen Statuten sowie in den Anstellungsverträgen der Vorstände. Hierzu werden die Kommunen durch das sog. Transparenz-

gesetz in ihrer Eigenschaft als Träger der Anstalten und Verbände verpflichtet. Erforderlichenfalls haben sie dazu von ihrem Recht Gebrauch zu machen, ihren Vertreterinnen und Vertretern in den Anstalten und Verbänden entsprechende Weisungen zu erteilen (§ 25 Abs. 1 GO ggf. i. V. m. § 55 Abs. 6 bzw. § 65 Abs. 6 GO, § 9 Abs. 6 Satz 2 Nr. 3 GkZ).

Die Veröffentlichungspflichten sind zunächst in der Satzung der Anstalten und Verbände festzuschreiben. Dabei kann sich an dem Formulierungsvorschlag für Betriebssatzungen orientiert werden (vgl. 3.1).

Ferner sind die Veröffentlichungspflichten in die Anstellungsverträge der Vorstände aufzunehmen. Da eine nachträgliche Änderung von Verträgen nicht ohne weiteres möglich ist, wird bei Altverträgen, also bei solchen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes am 31. Juli 2015 geschlossen worden sind, lediglich verlangt, dass die Kommunen auf eine Anpassung der Verträge hinwirken (§ 106 a Abs. 6 GO, § 19 d Abs. 2 Satz 3, § 14 Abs. 1 Satz 3 GkZ). Da die Verträge in der Regel eine Laufzeit von fünf Jahren haben, ergibt sich als spätestster Umsetzungszeitpunkt insoweit der 31. Dezember 2019. Spätestens zu diesem Zeitpunkt besteht dann für den Regelfall eine faktische Umsetzungspflicht. In neu zu schließenden oder zu verlängernden Anstellungsverträgen sind die Veröffentlichungspflichten in jedem Fall festzuschreiben.

Was die Verwaltungsratsmitglieder und die Mitglieder der Verbandsversammlungen sowie die im Beamtenverhältnis stehenden Verbandsvorsteherinnen und -vorsteher angeht, so gelten die Veröffentlichungspflichten für diese unmittelbar. Einer vertraglichen Einführung der öffentlich-rechtlichen Pflichten aus dem Transparenzgesetz bedarf es insoweit nicht.

3.3 Gesellschaften und privatrechtliche Vereinigungen

Gründet eine Kommune eine Gesellschaft oder beteiligt sie sich an deren Gründung und hält alleine oder zusammen mit anderen Gemeinden, Kreisen, Ämtern oder Zweckverbänden oder zusammen mit einer Beteiligung des Landes insgesamt mehr als 50 % der Anteile (Mehrheit der öffentlichen Hand), hat sie sicherzustellen, dass die Veröffentlichungspflichten in deren Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag festgeschrieben werden (§ 102 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5, Abs. 2 Satz 1 GO). Im Falle einer Beteiligung an einer bestehenden Gesellschaft genügt es, wenn die Veröffentlichungspflichten spätestens für das zweite Geschäftsjahr nach Erwerb der Beteiligung festgelegt sind (§ 102 Abs. 1 Satz 2 GO). Der Zeitpunkt muss aber bereits in dem Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung festgelegt sein. Vorsorglich weise ich darauf hin, dass der im Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Kommunalwirtschaft (LT-Drs. 18/3152) in § 102 Abs. 4 GO-E vorgesehene Umsetzungszeitpunkt (31. Dezember 2020) auf die Verankerung der Veröffentlichungspflichten in den Satzungen und Gesellschaftsverträgen keine Anwendung finden soll, was durch die Worte „im Übrigen“ zum Ausdruck gebracht wird. Hinsichtlich des Wortlauts der Änderung der Gesellschaftsverträge bzw. der Satzungen, kann sich wiederum an dem Formulierungsvorschlag für Betriebssatzungen (vgl. 3.1) orientiert werden (vgl. auch den mit dem Haushaltserlass 2016 vorab zur Verfügung gestellten Muster-Gesellschaftsvertrag). Überdies sind die Veröffentlichungspflichten in die (neu zu schließenden) Anstellungsverträge der Vorstände und Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer aufzunehmen.

Bei am 31. Juli 2015 bestehenden Gesellschaften, an denen die öffentliche Hand mehrheitlich beteiligt ist, hat die Kommune darauf hinzuwirken, dass die Veröffentlichungspflichten in der Satzung oder in dem Gesellschaftsvertrag verankert werden (§ 102 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5, Abs. 2 Satz 2 GO). Erforderlichenfalls hat die Kommune von ihrem Weisungsrecht Gebrauch zu machen (vgl. 3.2). Die Hinwirkungspflicht erstreckt sich auch auf die Anpassung der Anstellungsverträge der Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer (§ 102 Abs. 2 Satz 3 GO).

Was die von der Kommune bestellten Aufsichtsräte angeht, so gelten die Veröffentlichungspflichten für diese unmittelbar, zumal es – im Unterschied zu den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern – insoweit an einem zu ändernden Anstellungsvertrag fehlt. Denn die bestellten Aufsichtsräte stehen kraft ihrer Bestellung in einem hoheitlichen Rechtsverhältnis zur Kommune (§ 28 Satz 1 Nr. 20, § 25 Abs. 1 GO), dies ungeachtet dessen, ob sie von der Kommune entsandt oder auf ihre Veranlassung hin durch die Gesellschafterversammlung gewählt worden sind.

Die Hinwirkungspflicht trägt u. a. dem Umstand Rechnung, dass eine Änderung der Statuten einer bestehenden Gesellschaft nicht ohne weiteres möglich ist. Hierzu bedarf es einer satzungsändernden Mehrheit, welche regelmäßig mit 75 % der Stimmen erreicht ist (z. B. nach § 53 Abs. 2 Satz 1 des GmbH-Gesetzes). Hält die öffentliche Hand eine satzungsändernde Mehrheit an der Gesellschaft, verdichtet sich die Hinwirkungspflicht zu einer Anpassungspflicht.

Fehlt es an einer satzungsändernden Mehrheit der öffentlichen Hand und weigern sich private Mitgesellschafter, die Veröffentlichungspflichten in die Statuten aufzunehmen, ist der Hinwirkungspflicht nicht schon damit genüge getan, dass die Kommune die Änderungen einmalig vorschlägt und die Angelegenheit unter Verweis auf das Nein der Mitgesellschafter auf sich beruhen lässt. Vielmehr hat die Kommune dann zu prüfen, ob der öffentliche Zweck, der durch die Gesellschaft verfolgt wird, derart bedeutend ist bzw. nicht auf andere Weise wahrgenommen werden kann, dass ein Verzicht auf die Veröffentlichungspflichten hinzunehmen ist. Im Zweifel hat die Kommune eine Veräußerung ihrer Anteile zu erwägen. Jedenfalls hat die Vertreterin bzw. der Vertreter der gemeindlichen Gesellschafterin die zur Verankerung der Transparenzpflichten erforderlichen Änderungen der Gesellschaftsverträge oder der Satzungen im Eignerorgan (z. B. Gesellschafterversammlung, Hauptversammlung) zu beantragen und erforderlichenfalls zu veranlassen, dass der Verlauf der Beratung hinreichend protokolliert wird.

Im Ausnahmefall können die Kommunen durch die Kommunalaufsichtsbehörde von den Veröffentlichungspflichten befreit werden, dies allerdings nur im Zusammenhang mit einer Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung des Jahresabschlusses (§ 102 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 GO). Eine Befreiung von der Pflicht zur Prüfung des Jahresabschlusses (§ 12 des Kommunalprüfungsgesetzes) genügt hierfür noch nicht. In Betracht kommt eine Ausnahmeregelung somit nur für Kleinstgesellschaften, die den Aufwand der Aufstellung eines Jahresabschlusses nicht rechtfertigen, vor allem aber für privatrechtliche Vereinigungen, für die die Veröffentlichungspflichten des § 102 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 GO entsprechend gelten (§ 105 GO).

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass die Landesregierung am 30. Juni 2015 den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Kommunalwirtschaft beschlossen hat (LT-Drs.

18/3152; vgl. auch <http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kommunales/kommunalesWirtschaftsrecht/novellierung.html>). Danach soll u. a. die Steuerung und Kontrolle kommunaler Unternehmen gestärkt werden. Dazu sieht § 102 Abs. 2 GO-E neue, vor allem aber einheitliche Anforderungen an die Inhalte der Gesellschaftsverträge und Satzungen vor. Zu deren Umsetzung wird es im Regelfall erforderlich sein, die Statuten anzupassen. Um Kosten für die notarielle Beglaubigung der Änderungen und deren Eintragung in das Handelsregister zu sparen, sollte die Verankerung der Transparenzpflichten nach Möglichkeit mit der absehbar erforderlichen Anpassung der Statuten verbunden werden.

Oliver Lehmann

Anlage 2

Hinweise zum Gesetz zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein vom 7. Juli 2015 (GVOBl. 2015, 200)

Am 31. Juli 2015 ist das Gesetz zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein in Kraft getreten. Die Veröffentlichungspflichten nach diesem Gesetz gelten erstmals für Jahres- und Konzernabschlüsse des Jahres 2015, bei institutionell geförderten Zuwendungsempfängern erstmals für Abschlüsse des Jahres 2016.

Außer im Anhang des Jahresabschlusses (soweit vorgeschrieben) sollen die vom Gesetz verlangten Informationen auch auf der Internetseite des Finanzministeriums veröffentlicht werden. Für die Übermittlung der Informationen und für die Veröffentlichung auf der Homepage des Finanzministeriums werden die folgenden Hinweise gegeben:

Die vom Gesetz verlangten Daten sollen nach Beschlussfassung über den Jahresabschluss ausschließlich elektronisch an das Finanzministerium übermittelt werden. Dort werden sie als pdf-Dokument auf der Homepage des Finanzministeriums veröffentlicht.

Eine Vorlage steht als Word-Dokument auf der Internetseite des Finanzministeriums zum Download bereit (Themen/Vergütungsoffenlegung).

Übermittlung der Angaben

Die Übermittlung muss in einem pdf-Format erfolgen.

Angaben

Die nachfolgende Darstellung der zu veröffentlichenden Angaben entspricht dem Download-Dokument und zeigt die Struktur für die erforderlichen Angaben. Bitte weichen Sie davon nicht ab. Pro Person ist eine eigene Seite anzufertigen. Bitte führen Sie diese Seiten in einem Gesamtdokument für das Unternehmen zusammen und erstellen daraus die pdf-Datei.

Dateiname

Benennung der übermittelten pdf-Datei: Jahr_Unternehmensname.pdf

Ansprechperson für Fragen zur Übermittlung der Daten

Bitte senden Sie Ihre dem Finanzministerium zu übermittelnden Daten an Frau Claudia Prehn
Telefon: 0431-988-8015
claudia.prehn@fimi.landsh.de

Angaben gem. dem Gesetz zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein

Geschäftsjahr: _____

Angaben zum Unternehmen	
Name des Unternehmens	
Rechtsform des Unternehmens	
Adresse des Unternehmens	

Angaben zur Person	
Titel, Vorname, Name	
Tätigkeit/Funktion	

- Der bestehende Arbeitsvertrag lässt die Veröffentlichung der nachfolgenden Daten zu.
- Der bestehende Arbeitsvertrag lässt die Veröffentlichung der nachfolgenden Daten nicht zu, so dass keine Angaben gemacht werden.

Bezüge und Leistungen (Jahressumme in €)	
Summe aller erfolgsunabhängiger Bezüge und Leistungszusagen	
Summe aller erfolgsabhängiger Leistungszusagen	
Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung	

Zugesagte Bezüge und Leistungen nach Beendigung der Tätigkeit (Jahressumme in €) einschließlich deren Voraussetzungen	
a) bei regulärer Beendigung	
b) bei vorzeitiger Beendigung	

Verantwortlich für die Vollständigkeit und Richtigkeit der vorgenannten Angaben:

Name, Funktion